

Klimageld? --- Da war doch was!

Die Klimakrise kann nicht mehr geleugnet werden. 2023 war das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Folgen für Mensch und Natur sind furchtbar und die Folgekosten steigen.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag eine Vielzahl von notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz vereinbart. Einiges hat sie auf den Weg gebracht. Vieles ist liegengeblieben.

Eine Maßnahme ist ein steigender CO₂-Preis, d.h. der Energieverbrauch durch Strom, Gas und Benzin wird teurer. Das Geld fließt in den Klima- und Transformationsfonds, aus dem Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden sollen.

Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung auch ein **Klimageld als Ausgleich** vereinbart. Dieses Klimageld soll für alle Bürger*innen gleich hoch sein. Da Menschen mit geringem Einkommen deutlich weniger Energie verbrauchen als Menschen mit hohem Einkommen, käme es zu einer Umverteilung – und damit zu ein klein wenig mehr sozialer Gerechtigkeit.

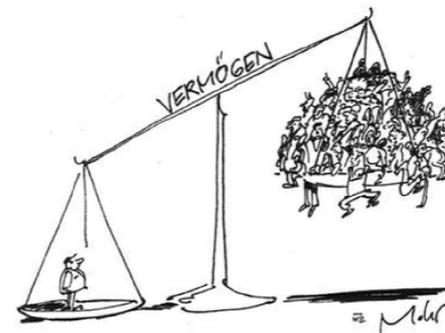
Ab Januar 2024 gilt eine Erhöhung des CO₂-Preises von bisher 30,00 € auf 45,00 € pro Tonne. Gleichzeitig erklärt Finanzminister Lindner, dass über die Auszahlung von Klimageld erst nach der nächsten Bundestagswahl entschieden werden soll.

Damit werden insbesondere Menschen mit geringem Einkommen belastet. Wir sagen:



Was sind die Folgen der kurzsichtigen Politik der Bundesregierung?

- Die Akzeptanz von klimabezogenen Maßnahmen in der Bevölkerung muss verbessert werden. Klimageld trägt dazu bei. Dies geschieht nun erstmal nicht.
- Der CO₂ Preis ist ein wichtiges Instrument, um Wirtschaft und Gesellschaft zu einem klimaschonenden Verhalten zu bewegen und die „verdeckten“ Kosten (z.B. Klimafolgeschäden) einzupreisen.
- Die aktuelle Erhöhung des CO₂-Preises auf 45 Euro/Tonne wird Benzin um 4,3 Cent/l, Heizöl um 5 Cent/l und Erdgas um 0,3 Cent/Kilowattstunde verteuern. Weitere Erhöhungen werden folgen.
- Damit erhöhen sich die Lebenshaltungskosten der Bürger*innen, was besonders Menschen mit niedrigem Einkommen trifft. **Ein Ausgleich durch ein sozial gerechtes Klimageld ist deshalb zwingend erforderlich!**
- Auch viele ältere Menschen sind, vor allem durch geringe Renten, von Preissteigerungen betroffen.
- Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Reiche verursachen einen großen Teil der CO₂ Emissionen – sie können sich einen CO₂ Preis aber auch leisten.
- Für die meisten Menschen aber gilt: Der CO₂-Preis muss sozial abgesichert werden. Eine unabdingbare Maßnahme hierfür ist das Klimageld.



Gerechte Welt
durch
KLIMAGELD